
Werte und Politik – eine Verhältnisbestimmung

Christian Krell, Tobias Mörschel

„Werte und Politik“ – so lautet der Titel dieses Bandes. Er geht zurück auf einen großen Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung unter gleicher Überschrift.

Mit dieser Überschrift wird ein Zusammenhang unterstellt, der keineswegs unumstritten ist, nämlich der zwischen ethischen Orientierungen und politischem Gestalten. Demokratische Politik, so wird hier angenommen, ist eng verknüpft mit Werteorientierungen. Zielgerichtetes politisches Handeln kann sich, so lautet die These weiter, nicht ohne eine normative Richtungsbestimmung vollziehen. Wie auch immer politisch gestaltet wird, ohne ein klar umrissenes Werteverständnis, gefestigte Wertbindungen und Überzeugungen geht es nicht, da Politik sonst nicht mehr wäre als am Status quo orientierter Machterhalt oder die managerielle Verwaltung des politischen Tagesgeschäfts.

Diese Annahme ist alles andere als zwingend. Im Gegenteil, schließlich können schnell Gegenthesen formuliert werden. Aus so unterschiedlichen Perspektiven wie dem utilitaristischen Nutzenkalkül, der frühmarxistischen Vorstellung einer naturnotwendigen Geschichtsentwicklung oder dem neoliberalen Motiv der individuellen Gewinnmaximierung können schwerwiegende Einwände gegen die Berechtigung ethischer Güter wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Solidarität in der Politik formuliert werden. Hier soll zunächst der Frage nachgegangen werden, was eigentlich gemeint ist, wenn von Werten gesprochen wird, um daran anknüpfend die mögliche Berechtigung des Zusammenhangs von Werten und Politik und damit die Funktion von Werten in der Politik zu diskutieren. Eine Übersicht über die mit diesem Band vorgelegten Beiträge schließt diese Einleitung ab.

Was sind Werte? Hans Joas,¹ einer der profiliertesten Denker in der Werteforschung, formuliert es eindeutig: „Die [...] verwendeten Begriffe [Werte und Wertbindungen, CK] sind weder in den Sozialwissenschaften noch in der

1 Die anschließenden Ausführungen folgen in Teilen Joas 2009.

breiteren öffentlichen Diskussion eindeutig festgelegt; im Gegenteil schwer festlegbar und oft umstritten.“² In der Tat ist der Wertbegriff ebenso häufig verwendet wie unbestimmt.

Darüber hinaus ist der Wertbegriff im alltagssprachlichen Gebrauch ebenso wie in der moralphilosophischen Diskussion eingebettet in eine umfangreiche Begriffswelt. Um den Wertbegriff kreisen eine Vielzahl von Wörtern und Kategorien, die teilweise ähnlich unklar und ähnlich aufgeladen sind. Dazu gehören etwa der Begriff der politischen Grundwerte, aber auch Wünsche und Präferenzen oder Normen und nicht zuletzt die Vorstellung von dem Guten.

So vielfältig der Wertbegriff heute gebraucht wird, so eindeutig ist sein Ursprung im Bereich des Wirtschaftslebens bzw. der Wirtschaftswissenschaften. Zunächst war der Wertbegriff nicht ethisch *und* ökonomisch besetzt, wie wir es aus unserem heutigen Sprachgebrauch kennen, sondern auf die ökonomische Sphäre begrenzt. Er wurde entsprechend in der politischen Ökonomie verwendet. Prominente Beispiele dafür sind David Ricardos Auseinandersetzung mit dem Tauschwert und dem absoluten Wert und Karl Marx' umfassende Auseinandersetzung mit dem Arbeitswert etc.

Eingang in die moralphilosophische Terminologie findet der Wertbegriff im Übergang vom 18. zum frühen 19. Jahrhundert. In Immanuel Kants „Metaphysik der Sitten“ (1798) beispielsweise wird unterschieden zwischen dem „Preis“, den ein Mensch haben könne, und seinem „Wert“. Unter Preis versteht Kant hier im klassischen Sinne den Tauschwert, den jeder natürliche Gegenstand bzw. jedes Lebewesen habe. Über jeden Preis erhaben allerdings ist der Wert eines jeden Menschen.³ Hier entspricht der Wertbegriff also in etwa unserer Vorstellung von Menschenwürde.

Für unser modernes Wertverständnis ist Hermann Lotze (1817–1881) von maßgeblicher Bedeutung. Der zu seinen Lebzeiten bekannte und einflussreiche Göttinger Philosoph knüpfte an Kant an, ging aber in mehrfacher Hinsicht über ihn hinaus. Unter dem Eindruck der sich im 19. Jahrhundert rasant entwickelnden empirischen Naturwissenschaften ging es Lotze darum, den „Wertbegriff in der laufenden philosophischen Diskussion fest zu verankern, um damit einer Zersetzung der menschlichen Würde durch den materialistischen Nihilismus zu wehren.“⁴ Tatsächlich ist es ihm gelungen, den Begriff der Werte in einer Zeit zu etablieren, in der Letztbegründungen vor allem in naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gesucht wurden. Seine Beschäftigung mit dem Zu-

2 Joas 2009, S. 10.

3 Vgl. Schmauke 2012.

4 Werner 2002, S. 52.

sammenhang der „Welt der Werte“ mit der „Welt der Tatsachen“ war folgenreich, denn unser heutiges Reden über die Werte wäre ohne ihn so kaum möglich, nicht zuletzt, weil mit ihm die Pluralisierung des Wertbegriffs einsetzt. Es gibt nun nicht mehr nur einen Wert, den Wert an sich, sondern mehrere, unterschiedliche Werte, die sich in einer Welt der Werte sogar hierarchisieren lassen.⁵

Mit diesem Gebrauch des Wertbegriffs wurde aber keine völlig neue Begrifflichkeit geschaffen. Auch wenn die Entstehung des Wertbegriffs im 19. Jahrhundert zu verorten ist, ist er „keine unschuldige begriffliche Neuerung“.⁶ Im Gegenteil: Der Wertbegriff schließt an eine jahrtausendealte philosophische Tradition an: die Vorstellung des Guten.

Eine systematische Auseinandersetzung mit dem Guten finden wir spätestens bei Platon. Es geht bei der Auseinandersetzung mit dem Guten nicht um irgendetwas aus irgendeiner Perspektive Nützliches, Vorteilhaftes etc., sondern um das gegebene absolut Gute.⁷ Der Unterschied zwischen dem Guten und den Werten ist augenfällig: Mit dem Aufkommen der Werte setzt zugleich eine Pluralisierung ein. Es gibt nicht mehr das eine Gute, sondern unterschiedliche Vorstellungen von Werten, das heißt des Guten.⁸ Unterschiedliche Menschen bzw. unterschiedliche Gruppen oder unterschiedliche Kulturen können eigene und durchaus unterschiedliche Wertvorstellungen haben. Es kann in einer Gesellschaft sogar konkurrierende Vorstellungen davon geben, was gut ist. Und zweifellos unterliegen Werte einem steten Wandel, der eine immer wieder neue diskursive Verständigung erfordert.

Damit ist in groben Zügen der Entstehungshintergrund eines modernen Wertverständnisses skizziert. Wie unterscheiden sich nun Werte von den beiden anderen oben genannten Begriffen, von Normen und Präferenzen?

Die Verhältnisbestimmung von Normen und Werten wird in der philosophischen Debatte unter den Begriffen von dem Guten und dem Rechten geführt. Jürgen Habermas hat sich verschiedentlich damit befasst und unter anderem darauf hingewiesen, dass Normen auf Universalität angelegt sind, Werte hingegen auf Partikularität (Habermas 1991). Hans Joas setzt sich durchaus kritisch mit dieser Unterscheidung Habermas' auseinander und verweist auf eine Differenz zwischen Normen und Werten, die gerade für die hier interessierende

5 Vgl. Schmauke 2012. So wichtig Lotze ist, so sehr muss auf die Bedeutung Nietzsches für die Popularisierung des Wertbegriffs verwiesen werden.

6 Joas 2009, S. 39.

7 Aus der Perspektive Sozialer Demokratie ist Martha Nussbaums Auseinandersetzung mit dem Guten bei Aristoteles hochinteressant. Vgl. Nussbaum 1998.

8 Vgl. Joas 2009; Schmauke 2012.

politische Dimension bedeutsam sein dürfte. Er spricht Normen einen restriktiv-obligatorischen Charakter zu, sie schränken ein, während er Werte als attraktiv-motivierend beschreibt.⁹

Anschließend soll der Begriff der Werte auch von Präferenzen bzw. Wünschen abgegrenzt werden. Schließlich kann leicht das Missverständnis entstehen, dass Werte und Wünsche nahezu identisch sind. Können nicht Wünsche auch Werte sein und umgekehrt? Davor warnt Joas eindringlich, denn das, was ich mir in einer Situation wünsche, muss nicht zwingend das insgesamt (für die Gesellschaft) Wünschenswerte sein. Mein unmittelbarer Wunsch kann einer Wertvorstellung sogar deutlich entgegenstehen. Talcott Parsons hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass Werte als gerechtfertigt (justified) betrachtet werden,¹⁰ und grenzt sie damit von Wünschen ab.

Als Zwischenbilanz kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Wertbegriff heute über seinen ökonomischen Ursprung hinaus in einem ethischen Zusammenhang gebraucht wird. Als Werte sollen hier verstanden werden: unterschiedliche Vorstellungen des Guten, die attraktiv und motivierend sind und als wünschenswert für die Gesellschaft betrachtet werden.

Wenn der Versuch unternommen werden soll, die Wertedebatte mit dem Politischen in Bezug zu setzen, muss der Wertbegriff noch enger bestimmt werden und wir müssen den Begriff des politischen Grundwerts in den Blick nehmen. Ähnlich wie der Wertbegriff insgesamt ist auch der Begriff „Grundwert“ auf einen ökonomischen Ursprung zurückzuführen. Zunächst war mit „Grundwert“ der Bodenwert gemeint.¹¹ In der politischen Landschaft Deutschlands wurden Wertbezüge, die an unser heutiges Verständnis von politischen Grundwerten erinnern, zunächst vor allem in der frühen Arbeiterbewegung und bei frühsozialistischen Theoretikern gebraucht. Die Schriften, Reden und Programm-entwürfe Wilhelm Weitlings, des Gründers des Bundes der Gerechten, kreisen etwa um das Verständnis von allgemeiner Gleichheit und individueller Freiheit. Er versucht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine Bestimmung dieser Werte zu leisten, sondern sie auch zueinander in Bezug zu setzen und ihr Verhältnis zueinander zu klären. In welchem Zusammenhang steht das Streben nach Freiheit des Einzelnen mit gesellschaftlicher Gleichheit? Diese Frage war immer wieder Gegenstand seiner Überlegungen.¹² Damit setzte er sich nicht nur

9 Joas 2009, S. 288.

10 Ebenda, S. 32.

11 Vgl. Honecker 1985, S. 39.

12 Vgl. Miller 1995, S. 29 f.

mit einer Grundfrage des politischen Handelns auseinander, sondern auch mit einem immer wieder zutage tretenden Wertekonflikt.

Spätestens mit Ferdinand Lassalle und Wilhelm Liebknecht wurde auch die Solidarität genauer in den Blick genommen. Sie wurde von ihnen nicht nur als Organisationsprinzip einer Teilgruppe der Gesellschaft, sondern als übergreifende ethische Orientierung begriffen. In Liebknechts Rede „Zu Trutz und Schutz“ wird etwa von der „allgemeinen menschlichen Solidarität“ gesprochen, die über solidarisches Handeln im kleinen Kreis, wie es etwa für Familien typisch ist, hinausgehen müsse.¹³ Nicht zufällig erinnern diese frühen Entwürfe politischer Grundwerte zu Gleichheit, Freiheit und Solidarität an den Dreiklang der Französischen Revolution von 1789. Sie war über weite Strecken des 19. Jahrhunderts Ideal und Bezugspunkt für die deutsche Arbeiterbewegung und für ihr Werteverständnis.¹⁴ Gleichsam paradigmatisch steht hierfür der Ausruf eines Delegierten des Erfurter Parteitags der SPD 1871: „Meine Freunde! Unser Programm [...] ist in wenige Worte zusammen zu fassen. Diese wenigen Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind uns Allen nicht nur eine heilige Erinnerung an die glorreiche Revolution von 1789, sondern auch der Grundgedanke und die Grundidee unseres Programms.“¹⁵

Bemerkenswert ist dieses Bekenntnis Theodor Yorks nicht nur wegen des klaren Bezugs zur Französischen Revolution, sondern auch, weil hier eine semantische Annäherung an unseren Sprachgebrauch von den politischen Grundwerten erfolgt. Bis die Vorstellung politischer Grundwerte als eigenständiges Konzept explizit Eingang in die Programmatik politischer Parteien fand, dauerte es allerdings noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts.

Auf dem Godesberger Parteitag verabschiedete die SPD 1959 ein Grundsatzzprogramm, in dem erstmals explizit der Begriff der Grundwerte eingeführt wurde, konkret gefasst als „Grundwerte des demokratischen Sozialismus“, allerdings ohne den Begriff näher zu bestimmen.¹⁶

Dass sich ausgerechnet die Sozialdemokratie damit auf ein ethisches Politikverständnis einigte, ist nicht selbstverständlich. Zwar wurde die Bedeutung ethischer Werte in der Programmtradition der Partei immer anerkannt, doch waren wichtige Programmbestände der sozialistischen Parteien – auch der deutschen Sozialdemokratie – davon geprägt, dass es eine naturnotwendige Ent-

13 Vgl. Liebknecht 1891.

14 Vgl. Bouvier 2012.

15 Theodor York in Bouvier 2012, S. 30.

16 Ausführlich zur Entwicklung des sozialdemokratischen Werteverständnisses Krell/Woyke in diesem Band.

wicklung hin zu einer sozialistischen Gesellschaft gebe. Und dass darüber hinaus dieser gesellschaftliche Zustand durch bestimmte Merkmale klar gekennzeichnet sei, vor allem die Sozialisierung der Produktionsmittel. Ein ethischer Überbau war aus dieser Perspektive nicht zwingend notwendig.

Vor allem aus zwei Gründen hat sich die SPD dennoch für diese stärkere ethische Akzentuierung ihrer Programmatik entschieden. Erstens öffnete sich die Partei mit dieser Werteorientierung breiteren Schichten der Gesellschaft. Diejenigen, die bisher aus anderen Motiven als einer marxistischen Gesellschaftsanalyse für ähnliche Politiken wie die der SPD eintraten, fanden nun leichter einen Weg zu ihr. Schließlich könne man sich – so eine im Umfeld der Godesberger Programmdebatte häufig gebrauchte Figur – nicht nur auf der Basis marxischer Analyse oder humanistischer Philosophie, sondern auch aus christlichen Motiven und vielfältigen anderen Gründen den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität anschließen. Dieser Begründungspluralismus war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der SPD von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei.

Zweitens ermöglichte die ethische Orientierung ein offeneres Politikmodell, das nicht mehr bestimmte Maßnahmen mit einem bestimmten gesellschaftlichen Zustand gleichsetzte. Die Festlegung auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als maßgeblichen Schritt in Richtung einer Gesellschaft mit höheren Freiheitschancen und Freiheitsmöglichkeiten wurde überwunden zugunsten eines Politikansatzes, der sich an Werten orientiert. Die Maßnahmen, die in Richtung dieser Werte wirken, sollten jeweils unter dem Eindruck der gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit gewählt werden.

Länger als die SPD sah die CDU von einem an politischen Grundwerten ausgerichteten Programm ab, freilich ohne frei zu sein von ethischen Orientierungen. So betonte etwa der damalige geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, Anfang der 1960er-Jahre, dass die CDU kein Grundsatzprogramm benötige, da sie sich am „christlichen Sittengesetz“ orientiere.¹⁷ In den 1970er-Jahren setzte dann allerdings eine von hoher Dynamik geprägte Debatte über politische Grundwerte auch in der CDU ein, deren Protagonisten neben Kurt Biedenkopf auch Heiner Geißler und Richard von Weizsäcker waren.

Einige Debattenbeiträge im Umfeld der CDU-Programmfindung der 1970er-Jahre sind über den Tag hinaus von Bedeutung für das Verständnis politischer Grundwerte. Der deutsche Philosoph Hermann Krings beispielsweise hat eine illustrative Unterscheidung unter anderem zwischen Grundwerten, Programmsätzen, politischen Zielen und politischer Pragmatik vorgenommen.¹⁸ Dabei sind

17 Dufhues in Bösch 2002, S. 27.

18 Krings 1977, S. 39 ff.

Grundwerte nicht mit den Mitteln und Instrumenten zu verwechseln, die eine Veränderung in Richtung eines Grundwerts bewirken.¹⁹ Grundwerte können, so ein in der politischen Semantik häufig gebrauchtes Bild, wie ein Kompass verstanden werden, der die Richtung weist. Das Bild des Kompasses ist in mehrfacher Hinsicht erhellend, nicht nur weil es anschaulich die orientierende Wirkung von politischen Grundwerten beschreibt, sondern auch, weil es den Unterschied zu einem konkreten Ziel deutlich macht. Ein Etappenziel kann erreicht werden, die Richtung „Norden“ kann niemals erreicht werden. Ein Grundwert kann entsprechend nicht „verwirklicht“ werden, vielmehr können einzelne Maßnahmen in Richtung eines Grundwertes wirken. Aus Grundwerten können mit Krings nicht unmittelbar einzelne Programmsätze abgeleitet werden, umgekehrt aber dürfen die Programmsätze den politischen Grundwerten nicht widersprechen.

Die Debatte über eine zeitgemäße Werteerklärung der CDU, die schließlich im Ludwigshafener Programm von 1978 ihren vorläufigen Abschluss fand, mündete im Bekenntnis der CDU zu den drei Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und damit einem auf den ersten Blick identischen Wertekanon wie dem der SPD.

Dadurch wird die eingangs gestellte Frage nach dem Wert der Werte für die Politik wieder relevant. Welche Orientierung gebende Funktion können Werte im politischen Raum einnehmen, wenn sich die beiden großen Volksparteien zu den gleichen Werten bekennen und alle anderen wesentlichen politischen Strömungen in Deutschland auch in irgendeiner Weise auf diese Grundwerte Bezug nehmen?

An dieser Stelle muss davor gewarnt werden, eine sprachliche Oberflächenähnlichkeit mit einer tatsächlichen Identität der Wertvorstellungen zu verwechseln. Zunächst ist das jeweilige Werteverständnis der Parteien äußerst unterschiedlich. Wenn CDU und SPD gleichermaßen von Gerechtigkeit reden, ist damit noch lange nicht dasselbe gemeint. Auch der mehrdimensionale Begriff der Freiheit wird von den unterschiedlichen politischen Strömungen sehr unterschiedlich gefüllt. Solidarität schließlich wird bei der CDU mit dem aus der christlichen Soziallehre stammenden Prinzip der Subsidiarität in Zusammenhang gebracht, während die SPD vor allem die Erfahrungen der Arbeiterbewegung bemüht.

Darüber hinaus ist die Gewichtung der jeweiligen Werte zueinander von großer Bedeutung für die werteorientierte Programmatik einer Partei. So betont die SPD die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der drei Grundwerte. Nach ihrem Verständnis können sie nicht gegeneinander abgewogen werden. Im Grundsatzprogramm der FDP nimmt demgegenüber der Wert der Freiheit

19 In der Programmdebatte der SPD hat sich in diesem Kontext die Differenzierung zwischen Grundwerten und Grundforderungen etabliert (vgl. Eppler 1984).

eine wesentlich prominentere Rolle ein als alle anderen Wertbezüge. Zahlreiche weitere Beispiele könnten genannt werden, um zu illustrieren, dass semantische Gleichheit oder Ähnlichkeit nicht die genaue Analyse der politischen Grundwerte unterschiedlicher Parteien erspart.²⁰

Es wird deutlich, dass Werte durchaus eine profilbildende und abgrenzende und damit eine identitätsstiftende Funktion für politische Bewegungen und mit-hin für politisches Gestalten insgesamt einnehmen. Welche Funktion kommt den politischen Grundwerten darüber hinaus zu? Mindestens vier weitere Funktionen sind zu nennen.

1. Politische Grundwerte sind ein *Maßstab zur Beurteilung gesellschaftlicher Wirklichkeit*. Die Beurteilung der Welt, so wie sie ist, kann nur gelingen mit einer Vorstellung der Welt, wie sie sein soll.²¹
2. Politische Grundwerte sind eine *Richtungsbestimmung für politisches Gestalten*. Eine Politik ohne Wertvorstellungen wäre zweifellos möglich, aber zielgerichtetes politisches Handeln, das beispielsweise auf gesellschaftliche Veränderungen abzielt, ist ohne Wertvorstellungen nicht erreichbar. Damit sind Grundwerte auch Maßstäbe für das politische Handeln einzelner und kollektiver Akteure und helfen dabei, eine Handlung einer anderen vorzuziehen.
3. Politische Werte *stiften Legitimität für politisches Handeln*. Allein durch Abstimmungen kann das Vertrauen, das eine politische Ordnung benötigt, nicht gewährleistet werden. Breiter geteilte und anererkennungswürdige Werte können einen darüber hinausgehenden Vertrauenszusammenhang begründen, weil sie konkretes politisches Handeln begründen und plausibilisieren.
4. Politische Grundwerte sind ein *zentrales Element politischer Kommunikation*. Über sie vermitteln sich Vorstellungen von Politik. Politische Kommunikation könnte über reine Bezugnahme auf Faktenwissen o. Ä. weder mobilisieren noch motivieren. Mit Wertbezügen können demgegenüber politische Ziele formuliert, begründet und transportiert werden.²²

Politische Grundwerte können also eine wichtige Funktion in der Politik einnehmen. Dennoch – auch das muss einschränkend an dieser Stelle betont werden – ist Vorsicht im Umgang mit politischen Grundwerten geboten. Politische Begriffe – und damit auch politische Grundwerte – unterliegen einem steten

20 Vgl. Krell 2012.

21 Vgl. Meyer 1978, S. 107 ff.

22 Vgl. Lakoff/Wehling 2008.

Wandel. Sie sind umstritten, zuweilen stehen einzelne Werte im Konflikt zueinander. So sind beispielsweise die elementaren Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit keine ausschließlich komplementären Werte, sondern sie schränken einander durchaus auch ein, weshalb ihr Verhältnis immer wieder neu bestimmt und austariert werden muss. Werte werden neu interpretiert, sie werden gebraucht und manchmal verbrauchen sie sich auch. Wenn politische Grundwerte die Funktionen erfüllen sollen, die sie erfüllen können, dann darf der Bezug auf sie nicht ritualisiert und floskelhaft sein, sondern muss sich immer am politischen Handeln und der gesellschaftlichen Wirklichkeit messen lassen.

Richtig bleibt aber auch: Wenn wir nicht davon ausgehen, dass sich der Lauf der Welt automatisch hin zum Guten entwickeln wird, und wenn wir ferner davon ausgehen, dass Politik von mehr bestimmt sein muss als von Nützlichkeitsabwägungen und Wettbewerb, und wenn wir weiter überzeugt sind, dass politisches Gestalten über das Anpassen an wechselnde Mehrheiten hinausgeht, dann wird die Auseinandersetzung mit Werten zwingend. Mit diesem Band wollen wir einen Beitrag dazu leisten. Im Folgenden soll kurz auf einige zentrale Aspekte der hier versammelten Aufsätze hingewiesen werden.

Politik kann mit Werten oder mit Ängsten gemacht werden. Eindringlich fordert **Susan Neiman**, dass die Gesellschaft ihre Werte definieren und verteidigen muss und nicht auf Ideale und Moralbegriffe verzichten darf. Im Rückgriff auf Kant plädiert sie für einen „erwachsenen Idealismus“, der die Zerrissenheit zwischen dem, wie die Dinge tatsächlich sind, und dem, wie sie eigentlich sein sollen, anerkennt, aber hierüber nicht resigniert. Dies bedeutet, sich nicht von Moral und Idealismus zu verabschieden, im Gegenteil. Die Leitfäden für die Moderne tragende Moralbegriffe finden sich in der Aufklärung. Die zentralen Werte der Aufklärung wie Internationalismus, Glück, Vernunft, Ehrfurcht und Hoffnung sind durchaus kompatibel mit den politischen Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Aufklärung verteidigen heißt auch die Moderne verteidigen. Daran anschließend legen **Julian Nida-Rümelin** und **Sigmar Gabriel** dar, welche Auswirkung der Verlust des Primats werteorientierter Politik und die zunehmende Vorherrschaft der Sachzwänge auf Gesellschaft und Demokratie haben und welche Konsequenzen daraus die SPD für ihr Werte- und Politikverständnis ziehen muss. Die politischen Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität werden in den nachfolgenden Beiträgen vertieft in den Blick genommen. So alt wie kulturübergreifend die Forderung und der Wunsch nach einer Welt, in der Gerechtigkeit herrscht, sind, so umstritten ist gleichermaßen, was genau damit gemeint ist. **Otfried Höffe** entfaltet in seinem Beitrag die unterschiedlichen Dimensionen des Gerechtigkeitsbegriffs wie distributive (Verteilungs-), kommutative (Tausch-)Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Ver-

fahrengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit und intergenerationelle Gerechtigkeit und setzt diese untereinander in Beziehung. **Robert Misik** wendet sich dem Freiheitbegriff zu und fordert die progressiven Kräfte auf, diesen Grundwert, der beinahe kampflos den Konservativen und Neoliberalen überlassen und von diesen inhaltlich entkernt wurde, wieder zurückzuerobern und umfassend zu füllen. Ausgehend vom paradoxen Charakter der Freiheit (deren Einschränkung ist mitunter Bedingung für deren Ermöglichung) und einem prozessualen Freiheitsverständnis (soziale und technologische Entwicklungen haben Einfluss auf die Freiheitsrechte) fordert **Leonhard Dobusch** ein digitales Update der Freiheit. In Zeiten der Digitalisierung und des Internets müssen die großen Potenziale für mehr und neue Freiheiten mit den damit einhergehenden Bedrohungen ebendieser Freiheiten neu austariert werden. Der gleichsam jüngste Grundwert ist jener der Solidarität, der – wie **Thomas Meyer** darlegt – erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts den ursprünglichen Grundwert der Brüderlichkeit durch Verschiebungen im Gebrauch abgelöst hat und wie kein anderer das Wesen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Europa verkörpert. Bei der Analyse der Genese und der Bedeutungen von Solidarität wird deutlich, wie sehr sie gleichzeitig eine Voraussetzung für die Schaffung von Strukturen einer gerechten Gesellschaft ist und zugleich als Handlungsorientierung der Menschen umso wahrscheinlicher wird, je überzeugender solche Verhältnisse realisiert werden. Die Ausführungen zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden abgeschlossen mit dem Aufsatz von **Christian Krell** und **Meik Woyke**, in dem diese darlegen, wie jene drei Werte mit dem Godesberger Programm von 1959 als politische Grundwerte der Sozialdemokratie gleichsam kanonisiert wurden und die SPD sich damit auf ein ethisches Politikverständnis einigte.

Welche Bedeutung Werten in der praktischen Politik, also beim konkreten politischen Handeln und Entscheiden, zukommt, steht im Zentrum der weiteren Beiträge. Werte, so **Sigmar Gabriel**, geben politischem Handeln Richtung und langfristige Orientierung, sie bieten einen Maßstab zur Beurteilung der Wirklichkeit und helfen bei der Entscheidung zwischen Wahrem und Falschem. Politik darf keinen Pragmatismus ohne Prinzipien verfolgen, nicht zuletzt, weil Vertrauen (in Politik und Politiker) und Glaubwürdigkeit (von Politik und Politikern) nur aus dem Gefühl und Wissen erwachsen, dass Politiker sich langfristig an Werten orientieren. Politik kann zwar ohne Werte auskommen und ganz pragmatisch als Interessenausgleich betrieben werden, wie **Andrea Nahles** in ihrem Beitrag darlegt. Eine solche Politik stößt jedoch irgendwann an ihre Grenzen, denn eine Politik ohne Werte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt mobilisieren, kann weder orientieren noch den notwendigen Wandel gestalten. Eine Politik, die auf Werte setzt, fordert dazu heraus, sich der Spannung

zwischen Ideal und Realität, sich den gesellschaftlichen Widersprüchen zu stellen und diese zu gestalten.

Die vorrangige Aufgabe staatlicher Politik besteht nach **Claus Offe** darin, fortlaufend die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit sicherzustellen. Im Zuge der neoliberalen Periode europäischer Gesellschaftsentwicklung ist es aber zu einer partiellen Abdankung der Politik und deren Verzicht auf gesellschaftsgestaltende Ansprüche gekommen. Um „gutes Regieren“ zu ermöglichen, muss dieser restriktiv politisch-ökonomische Belagerungszustand der Politik, die von den „Märkten“ getrieben wird, überwunden werden. Nur so kann der demokratische Staat seine verloren gegangenen Handlungsfähigkeiten wiedererlangen. Ein maßgeblicher Wert der Politik besteht daher in der nachhaltigen Politikfähigkeit des demokratischen Staates. Politikfähigkeit ist daher gleichsam ein Metawert, das heißt die Bedingung der Möglichkeit irgendwelcher politischen Wertrealisierungen.

Allerdings klappt die Schere, so **Hans-Jörg Schmedes** und **Fedor Ruhose** in ihrem Beitrag, zwischen der tatsächlichen Handlungsfähigkeit politischer Akteure und den Leistungserwartungen an sie immer weiter auseinander, was den ohnehin schon weitverbreiteten Verlust des Vertrauens in die Politik stärker vorantreibt. Verfahren und Ergebnisse demokratischer Politik erfahren eine deutlich abnehmende Legitimation, nicht zuletzt, weil viele Menschen sich vom Zustandekommen politischer Entscheidungen ausgeschlossen und in ihrem Teilnahmbedürfnis missachtet fühlen. Politische Entscheidungsverfahren müssen daher durch neue, transparente Steuerungsarrangements jenseits von Wahlen ergänzt werden, um die Reichweite demokratischer Politik weiterzuentwickeln.

Das Verhältnis von Kapitalismus, Wirtschaftswissenschaften und Werten nimmt **Sebastian Dullien** in seinen Ausführungen in den Blick. Auch wenn viele Vertreter der Disziplin die Wirtschaftswissenschaft als wertfreie, objektive Wissenschaft verstehen, wurde diese Intention regelmäßig verfehlt und stattdessen einseitige Werturteile in Politikempfehlungen gegossen. Vor dem Hintergrund der Analyse der Krise 2008/2009 wird entwickelt, wie die Politik den modernen Kapitalismus angehen muss, damit die an sich wertfreie Wirtschaftsordnung des Kapitalismus auch tatsächlich von der Mehrheit gewollte Werte akzeptiert und zu einem besseren Leben möglichst vieler Menschen beitragen kann.

In dem diesen Band abschließenden Beitrag zeigt **Edda Müller** auf, welche Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Entstehung, dem Wandel und der Wirksamkeit von Werten in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zukommt. Die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft ist hierbei die eines Seismografen für Fehlentwicklung und eines verstärkenden Lautsprechers für die Notwendigkeit von Veränderungen in der konkreten Politik und dem Wertesystem der Gesellschaft,

also der Herstellung einer öffentlichen Sphäre der Auseinandersetzung und des Diskurses. Hierbei kann die Zivilgesellschaft überaus erfolgreich sein, wie am Beispiel des Konsumverhaltens und der Korruptionsprävention aufgezeigt wird.

Zu guter Letzt möchten wir herzlich danken: Henrike Allendorf und Sarah-Lisa Lorenz, die maßgeblich an dem diesen Tagungsband zugrunde liegenden Fachkongress der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgewirkt haben, Manuela Barišić, die wertvolle Hilfe bei der Erstellung des Bandes geleistet hat, Christian Jerger für sein gründliches Lektorat sowie Frank Schindler vom Springer VS Verlag.

Literatur

- Bouvier, Beatrix (2012): Die Französische Revolution und die Grundwerte der Sozialdemokratie. In: Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hrsg.): Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. Bonn, S. 28–35.
- Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust: Die Geschichte der CDU. Stuttgart, München.
- Eppler, Erhard (1984): Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD. Reinbek.
- Geißler, Heiner (Hrsg.) (1979): Grundwerte in der Politik: Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt am Main.
- Honecker, Martin (1985): Werte und Leitbilder. Zur Verknüpfung zweier Ebenen der Orientierung. In: Weigelt, Klaus (Hrsg.): Werte, Leitbilder, Tugenden. Zur Erneuerung politischer Kultur, Mainz, S. 39–57.
- Joas, Hans (2009): Die Entstehung der Werte. Frankfurt am Main.
- Krell, Christian (2012): Zur wertepolitischen Verortung deutscher Parteien. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (10/2012). S. 36–42.
- Krings, Hermann (1977): Verständnis vom Menschen. In: Weizsäcker, Richard von (Hrsg.): CDU-Grundsatz-Diskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik. München.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht. Heidelberg.
- Liebnecht, Wilhelm (1891): Zu Trutz und Schutz. Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871. Berlin.
- Meyer, Thomas (1978): Grundwerte und Wissenschaft im Demokratischen Sozialismus. Bonn.
- Miller, Susanne (1995): Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Hrsg. von Bernd Faulenbach. Bonn.
- Nussbaum, Martha (1998): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt am Main.
- Schmauke, Stephan (2012): Vom singulären Wert zur Pluralisierung der Werte. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (10/2012). S. 45–48.
- Werner, Folke (2002): Vom Wert der Werte. Die Tauglichkeit des Wertbegriffs als Orientierung gebende Kategorie menschlicher Lebensführung. Berlin.

Werte und Politik

Krell, C.; Mörschel, T. (Hrsg.)

2015, VI, 214 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06605-5